



Initiativkreis Bremer Armutskonferenz (Hrsg.)

## **Armut und Klimapolitik: Die soziale Dimension des Klimawandels**

**Forderungspapier der 6. Bremer Armutskonferenz am 03.03.2025 zum Thema „Der Armuts- und Klimakrise gemeinsam begegnen“**



KI-generierter Inhalt

Bremen, im Juni 2025

## **Ausgangslage und Forschungsstand**

Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Herausforderung. Sie trifft die Gesellschaft ungleich: Ursachen der Erderwärmung, ihre Folgen und die Lasten der bisherigen Klimapolitik sind wie Studien zeigen ungleich verteilt:

### **Ungleiche Verursachung von Emissionen**

Menschen mit hohem Einkommen verursachen deutlich mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen als solche mit niedrigem Einkommen. Laut Umweltbundesamt (2022) emittieren die einkommensreichsten 10 Prozent der Bevölkerung rund doppelt so viel CO<sub>2</sub> pro Kopf wie die einkommensärmsten 10 Prozent. Hauptursachen sind klimaschädliche Mobilität – etwa häufige Flugreisen, große und verbrauchsintensive Fahrzeuge – sowie überdurchschnittlicher Energieverbrauch durch größere Wohnflächen und höheren Konsum. Menschen mit niedrigem Einkommen leben meist auf kleinerer Fläche, nutzen überwiegend den öffentlichen Nahverkehr und haben insgesamt einen deutlich kleineren ökologischen Fußabdruck. Alltagsbezogene Klimaschutzmaßnahmen sollten daher vor allem wohlhabende Gruppen adressieren (Wuppertal Institut 2020).

### **Besondere Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels**

Die Folgen des Klimawandels treffen arme und einkommensschwache Menschen besonders hart. Viele leben in dicht bebauten Stadtteilen mit wenig Grün, schlechter Gebäudesubstanz und geringer Resilienz gegenüber Extremwetter. In Großstädten liegen die Temperaturen in solchen Quartieren während Hitzeperioden oft um mehrere Grad höher als in besser gestellten Vierteln mit Grünflächen und moderner Infrastruktur. Studien zeigen, dass Hitzetage dort häufiger zu gesundheitlichen Problemen und erhöhter Sterblichkeit führen – vor allem bei älteren und vorerkrankten Menschen (RKI 2025). Gleichzeitig fehlen Rückzugsmöglichkeiten, technische Ausstattung (z. B. Klimageräte) oder finanzielle Mittel für Präventionsmaßnahmen.

### **Ungleich verteilte Kosten der Klimapolitik**

Die Klimapolitik in Deutschland belastet vulnerable Gruppen besonders stark (Beermann et al. 2021). Der CO<sub>2</sub>-Preis verteuert das Heizen mit Gas und Öl sowie Kraftstoffe. Während Haushalte mit höherem Einkommen flexibel auf klimafreundlichere Technologien umsteigen können, fehlt einkommensarmen Haushalten der finanzielle Spielraum. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (Bach et al. 2019) wenden die einkommensärmsten Haushalte bereits jetzt einen deutlich größeren Anteil ihres Einkommens für Energie auf – und sind damit besonders empfindlich gegenüber Preissteigerungen. Sozialpolitische Ausgleichsmechanismen wie das Klimageld oder gezielte Zuschüsse wurden bislang nicht umgesetzt.

### **Geringe Teilhabe an Klimaförderprogrammen**

Von öffentlichen Förderprogrammen profitieren Menschen mit geringen Einkommen bislang kaum (Lichtenberger et al. 2024; Zukunft KlimaSozial 2025). Förderungen für Sanierungen, Photovoltaikanlagen oder den Heizungstausch richten sich primär an Eigentümer:innen mit Eigenkapital. Armutsbetroffene Haushalte wohnen meist zur Miete und haben keinen Einfluss auf die bauliche Ausstattung. Sanierungen führen oft zu Mieterhöhungen (sog. „energetische Gentrifizierung“), während die Einsparpotenziale meist nicht bei den Mieter:innen ankommen. Damit verstärkt sich die soziale Schieflage zusätzlich.

### **Fazit**

Die soziale Dimension der Klimakrise ist eine doppelte Belastung für Menschen mit geringem Einkommen: Sie tragen am wenigsten zur Erderwärmung bei, sind aber am stärksten von den Folgen des Klimawandels und den finanziellen Belastungen der bisherigen Klimapolitik betroffen. Ohne gezielte sozialpolitische Flankierung drohen Akzeptanzprobleme und wachsende gesellschaftliche Spannungen im Prozess der ökologischen Transformation.

## Kernforderungen der 6. Bremer Armutskonferenz

Die 6. Bremer Armutskonferenz (Informationen zu Ablauf und Inhalten stehen am Ende des Papiers) hat gezeigt, dass Klimaschutz und Klimaanpassung nur dann erfolgreich und nachhaltig sein können, wenn sie konsequent sozialgerecht gestaltet werden. Um Bremen auf diesem Weg voranzubringen, wurden nachfolgende Forderungen erarbeitet, die den sozialen Ausgleich in den Mittelpunkt stellen und sicherstellen sollen, dass niemand aufgrund seiner sozialen Lage von den Chancen der ökologischen Transformation ausgeschlossen wird:

- **Sozialcheck beim Klimaschutz:** Bremen sollte seinen „Aktionsplan Klimaschutz“ einem umfassenden Sozialcheck unterziehen. Das bedeutet: Alle Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sowie sämtliche Förderprogramme müssen systematisch daraufhin überprüft werden, ob sie auch Menschen mit geringem Einkommen ausreichend berücksichtigen. Es gilt zu analysieren, welche Folgen geplante und bestehende Maßnahmen für Menschen in benachteiligten Lebenslagen haben und wie soziale Benachteiligung dabei vermieden oder abgebaut werden kann. Auch der Klimaanpassungscheck als „Leitfaden zur Integration der Klimaanpassungsbelange in die städtebauliche Planung“ sollte um die Querschnittsfrage zur sozialen Gerechtigkeit erweitert werden.
- **Verhältnisse statt Verhalten in den Blick nehmen:** Viele bremische Aktivitäten setzen bislang an der individuellen Verhaltensebene an und zielen darauf, den nachhaltigen Konsum insbesondere bei Menschen mit ohnehin geringem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck weiter zu fördern. Die Armutskonferenz fordert eine klare Schwerpunktverschiebung: Nicht das individuelle Verhalten, sondern der Umbau der Verhältnisse – insbesondere der öffentlichen Infrastrukturen – muss im Mittelpunkt stehen. Dazu gehören der Ausbau und die Verbesserung des ÖPNV, Maßnahmen zum Hitzeschutz, der Ausbau der Wärmenetze und eine sozialgerechte Energieversorgung.
- **Aufbau eines Monitoring-Systems:** Damit soziale Aspekte beim Klimaschutz und der Klimaanpassung nicht aus dem Blick geraten, muss Bremen ein integriertes, kleinräumiges Monitoring entwickeln. Ein solches System sollte verschiedene Daten aus Umwelt, Gesundheit und Soziales miteinander verknüpfen und sozioökonomische Faktoren wie Einkommen, Wohnverhältnisse oder die Zugehörigkeit zu vulnerablen Gruppen erfassen. Der Umweltgerechtigkeitsatlas Berlin kann hierbei als Vorbild dienen. Bremen kann zudem unmittelbar an ein Forschungsvorhaben der Universität Bremen anknüpfen, mit dem ein Konzept für ein integriertes kleinräumiges Monitoring entwickelt und erprobt wird. Nur auf Grundlage verlässlicher Daten lassen sich sozialgerechte Planungs- und Entscheidungsprozesse gestalten.
- **Zielgruppenspezifische Ansätze entwickeln:** Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen wirken sich unterschiedlich auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen aus. Deshalb müssen Maßnahmen stärker zielgruppenspezifisch gedacht und entwickelt werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Frauen, wohnungs- und obdachlose Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigungen. Für diese Gruppen müssen spezifische Schutzmaßnahmen und Unterstützungssysteme entwickelt werden, um ihre besonderen Bedarfe zu berücksichtigen.
- **Ressortübergreifendes Arbeiten beim sozialen Klimaschutz:** Sozialgerechter Klimaschutz und Klimaanpassung können nicht Aufgabe eines einzelnen Ressorts sein. Der Bremer Senat sollte ressortübergreifend und beteiligungsorientiert arbeiten. Neben der Umwelt- und Klimapolitik müssen auch die Bereiche Soziales, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft sowie Bau, Stadtentwicklung und Verkehr gemeinsam Verantwortung übernehmen und koordiniert an Lösungen arbeiten. Nur so kann eine sozial-ökologische Transformation gelingen, die alle Menschen mitnimmt.

## Weitere quartiersorientierte und themenspezifische Forderungen

Im Rahmen der 6. Bremer Armutskonferenz wurden in sechs thematischen Foren quartiersorientierte Forderungen zu thematischen Schwerpunkten erarbeitet. Sie zeigen auf, wie sozialgerechter Klimaschutz und Klimaanpassung in Bremen vor Ort wirksam und zielgruppengerecht umgesetzt werden können. Die diskutierten Ansätze betonen die Bedeutung eines integrierten Handelns, das ökologische, soziale und gesundheitliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigt. Ziel ist es, benachteiligte Stadtteile und vulnerable Gruppen stärker in den Mittelpunkt der Maßnahmen zu rücken und den sozial-ökologischen Umbau in Bremen gemeinsam und gerecht zu gestalten.

1. Im **Forum Wohnen** wurde als Hauptforderung ein Förderprogramm für sozialverträgliche energetische Sanierungen in armutsbetroffenen Quartieren diskutiert. Auch Menschen mit geringem Einkommen, die in Altbauten o. Ä. leben, müssen durch energetische Sanierungen geschützt werden, ohne dass ihre Miete angehoben wird. Ein ähnliches Förderprogramm wird zudem für den klimagerechten und bezahlbaren Neubau von energieeffizienten Wohnungen gefordert. Dadurch sollen gezielt Investitionen in nachhaltige Bauprojekte in benachteiligten Stadtteilen gefördert und gleichzeitig soziale Mietpreisbindungen gesichert werden. Die von Prof. Osthorst vorgeschlagene Reduzierung der Modernisierungsumlage von derzeit 8 Prozent auf 3 Prozent wurde vom Forum ausdrücklich begrüßt. Sie stellt einen wichtigen Schritt dar, um die finanzielle Belastung von Mieter:innen im Zuge energetischer Sanierungen spürbar zu verringern. Gerade vor dem Hintergrund steigender Wohnkosten und der Gefahr, dass energetische Modernisierungen zu Verdrängungseffekten führen, ist eine solche Absenkung ein notwendiges Instrument, um soziale Härten zu vermeiden und zugleich die Akzeptanz der Wärmewende in der Bevölkerung zu stärken. Ebenso wurde die Umsetzung des sogenannten „Drittmodells“ positiv bewertet. Dieses Modell sorgt für eine faire und ausgewogene Verteilung der Kosten zwischen Vermietern, dem Staat (durch gezielte Förderprogramme) und den Mieter:innenhaushalten. Es trägt dazu bei, dass energetische Sanierungen nicht einseitig zu Lasten der Mieterschaft erfolgen und das Ziel der Warmmietenneutralität realisiert werden kann. Eine solche Regelung ist ein wichtiger Beitrag, um Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich sozialgerecht zu gestalten und breite Unterstützung in der Gesellschaft zu sichern.
2. Im **Forum Stadt- und Quartiersentwicklung** wurde als Hauptforderung erhoben, dass Umweltgerechtigkeit als Querschnittsthema in der städtebaulichen und sozialen Quartiersentwicklung verankert werden muss. Bei Maßnahmen zur Klimaanpassung – wie Grünflächenversorgung, Verschattung, Entsiegelung oder der Einrichtung von Trinkwasserbrunnen – sind vorrangig die Quartiere zu berücksichtigen, die besonders von Armut und hoher Umweltbelastung betroffen sind. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Zahl der mehrfach belasteten Quartiere in Bremen deutlich zu verringern. Durch klimabezogene Planungsmaßnahmen dürfen keine Verdrängungsprozesse von einkommensarmen Bewohner:innen ausgelöst werden. Auch die öffentlichen Außenräume müssen gezielt mitgedacht werden – insbesondere jene Orte, an denen sich vulnerable Gruppen wie wohnungslose, obdachlose oder suchtmittelkonsumierende Menschen aufhalten. Dazu braucht es ausreichend akzeptierte Schutzräume, wie sie etwa durch die Berliner Hitzehilfe bereitgestellt werden. Die bereits im „Hitzeaktionsplan Bremen/Bremerhaven“ vorgesehenen Maßnahmen zur Vorsorge für wohnungslose und suchtmittelkonsumierende Menschen sollen zeitnah umgesetzt werden. Nicht zuletzt müssen armutsbetroffene und gleichzeitig vom Klimawandel besonders betroffene Menschen die Möglichkeit haben, sich kleinräumig und aufsuchend an Entscheidungsprozessen zu Klimaanpassungsmaßnahmen in ihren Quartieren zu beteiligen. Hierfür ist eine ernst gemeinte und armutssensible Klimakommunikation erforderlich.
3. Im **Forum Mobilität** wurde Mobilität als Grundbedürfnis anerkannt, das perspektivisch als Grundrecht verankert werden soll. Alle Menschen müssen bezahlbare und barrierefreie Mobilitätsangebote nutzen können – unabhängig von Einkommen, Alter oder Gesundheit. Dazu braucht es ein gut ausgebautes Nahverkehrs- und Radwegenetz, sichere Fußwege, Quartiers-Hubs, Abstellanlagen, Bänke, Leitsysteme und moderne Beleuchtung. Mobilitätsangebote

müssen komfortabel, zeitlich machbar und digital leicht zugänglich sein. Der Bremer Senat und die Bürgerschaft sollen klimafreundliche und kostengünstige Mobilitätsformen fördern und dabei soziale, gesundheitliche und ökologische Ziele gleichwertig berücksichtigen. Die Finanzierung des ÖPNV soll kollektiv erfolgen, größere Einkommen sollen stärker beitragen.

4. Das **Forum Energie-, Wärme-, Strominfrastrukturen** fordert eine sozialgerechte Gestaltung des Aus- und Umbaus der Energie-, Wärme- und Strominfrastrukturen in Bremen. Der Rückbau fossiler Netze, der Ausbau von Wärmenetzen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen einkommensschwache Haushalte schützen und soziale Kriterien beim Fernwärmeausbau berücksichtigen, um keine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ im geförderten Wohnungsbau zu schaffen. Bedenklich ist dabei, dass die Fernwärme im Forum als für Endverbraucher:innen vergleichsweise teure Alternative benannt wurde, die aber perspektivisch insbesondere im Geschosswohnungsbau Verwendung finden wird. Vorhandene und neue Förderprogramme sind sozial zu staffeln und massenwirksam, zielgruppenspezifisch und quartiersnah zu kommunizieren – über Bürgerbeteiligung, aufsuchende Angebote und Beratung, die sich an den Lebenswelten der Menschen orientiert. Alle beteiligten Akteure sollen in den nächsten Jahren gut koordiniert arbeiten.
5. Im **Forum Klima, Armut und Ernährung** wurde als Hauptforderung diskutiert, bei der Umsetzung des „Aktionsplans Ernährung 2025“ sozial benachteiligte Stadtteile und Quartiere noch stärker als bisher zu berücksichtigen – insbesondere Kitas und Schulen. Klimaverträgliche und gesundheitsfördernde Ernährungsgewohnheiten sollen vor allem bei Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslagen gefördert werden, etwa durch Teilhabe an Frischeküchen. Auch andere vulnerable Gruppen müssen bei der Umsetzung und Ausweitung des Aktionsplans Zugang zu nachhaltiger und ökologischer Ernährung erhalten. Ein Monitoring zur Bekämpfung von Ernährungsarmut soll eingeführt werden. Zudem wird eine schrittweise und evidenzbasierte Einführung einer beitragsfreien Kita- und Schulverpflegung gefordert, um allen Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern eine gesunde Ernährung zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen die sozialen Infrastrukturen in von Armut betroffenen Quartieren erhalten bleiben und die Frischeküchen weiter ausgebaut statt reduziert werden, da sie positive Effekte wie Arbeitsplätze vor Ort und stärkere Identifikation mit dem Stadtteil bewirken. Die langfristige Sicherung finanzieller und personeller Ressourcen für Projekte in diesen Quartieren ist notwendig, gerade vor dem Hintergrund drohender Haushaltskürzungen. Dazu gehört auch der Transfer und die Verstetigung erfolgreicher Best-Practice-Modelle. Bremen soll sich zudem im Bundesrat dafür einsetzen, dass gesunde Ernährung über die staatlichen Grundversicherungsleistungen finanziert wird.
6. Im **Forum „Das soziale 1,5 Grad Ziel“** lautete die Hauptforderung, dass eine sozialgerechte Klimapolitik mehr mit ordnungspolitischen Maßnahmen statt über Preise gestaltet werden muss. Finanzielle Instrumente der Klimapolitik müssen so ausgestaltet werden, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen davon profitieren. Das gilt für Förderprogramme in der Wärmewende und Verkehrspolitik ebenso wie für ein zeitnah einzuführendes Klimageld.

## Ablauf und Inhalte der Konferenz vom 03.03.2025

Auf der 6. Bremer Armutskonferenz diskutierten etwa 250 bis 300 Gäste im Bremer Tabakquartier das Thema „Armut und Klimaanpassung“. Mehrere wissenschaftliche Expert:innen verdeutlichten im Saal der Bremer Philharmoniker, wie die Folgen der Klimakrise bestehende Armut- und Gesundheitsrisiken weiter verschärfen – auch in Bremen, wo vor allem Menschen mit wenig Einkommen in stark versiegelten Quartieren und schlecht gedämmten Gebäuden betroffen sind. Ziel der Konferenz war es, neben sozial engagierten auch klimaengagierte Akteure einzubinden, was besonders durch die Teilnahme vieler neuer, vor allem jüngerer Engagierter gelang. Am Nachmittag standen Fragen im Fokus: Wo sind Menschen mit wenig Geld konkret von der Klimakrise betroffen? Welche Schutzmaßnahmen braucht Bremen – kurzfristig, mittelfristig und langfristig? Diese Themen wurden in sechs beteiligungsorientierten Foren zu Wohnen, Stadtentwicklung, Mobilität, Energie und Wärme sowie Ernährung diskutiert.

Prof. Bernd Sommer, Umweltsoziologe von der TU Dortmund, betonte im ersten Beitrag des Tages, dass Strategien zur Klimaanpassung konsequent die soziale Frage berücksichtigen und nicht nur als technische Herausforderungen verstanden werden sollten. Außerdem tragen „einkommensstarke Gruppen mit ihrer Lebensweise und entsprechenden Emissionen überproportional zum Klimawandel bei und können sich besser vor den Folgen schützen. Klimaschutzmaßnahmen belasteten bislang vor allem benachteiligte Gruppen und gehen oft an ihren Bedürfnissen vorbei“, so Sommer. Die Klimafrage werde so zur Klassenfrage. Im Namen der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft stellte Anna Braam nachfolgend die Bremer Klimaschutzstrategie 2038 vor. Mit Dringlichkeit sollen Fern- und Nahwärmeversorgung dekarbonisiert, die Mobilitätsbilanz verbessert, öffentliche Gebäude saniert und die Wirtschaft klimaneutral transformiert werden. Beispiele wie der Hitzeaktionsplan und die Kommunale Wärmeplanung sowie das Landesförderprogramm „Klimaschutz im Alltag“ verdeutlichten den aktuellen Stand und Schwerpunkte der Aktivitäten.

Auf die beiden Auftaktvorträge folgten drei Kommentare: Der erste Kommentar von Prof.<sup>in</sup> Gabriele Bolte, Professorin für Sozialepidemiologie und Direktorin des Instituts für Public Health und Pflegeforschung an der Universität Bremen, betonte Umweltgerechtigkeit als handlungsorientiertes Leitbild, das soziale Ungleichheiten bei Umweltbelastungen und Gesundheit überwinden will. Zentrale Impulse sind Monitoring und Equity Impact Assessments, intersektorale Zusammenarbeit sowie integrierte kommunale Ansätze. Sie hob hervor, dass Maßnahmen wie Stadtbegrünung unbeabsichtigte Ungleichheitseffekte (z. B. Gentrifizierung) haben können und daher sozialverträglich gestaltet werden müssen. Ziel sei die Entwicklung gesunder, nachhaltiger und klimagerechter Städte mit fairer Beteiligung und Berücksichtigung vulnerabler Gruppen. Prof. Winfried Osthorst, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik und Nachhaltigkeit an der Hochschule Bremen, betonte, dass eine aktive Klimapolitik unverzichtbar sei, das Pariser Klimaziel aber kaum noch zu erreichen sei, weshalb alle Hebel genutzt werden müssten. Die Wärmewende zeige jedoch soziale Schiefen: Wohlhabende profitieren von Förderungen, während einkommensschwache Gruppen stärker belastet werden und oft keinen Zugang zu Förderinstrumenten haben. Herausforderungen bestünden insbesondere im sozialgerechten Umbau der Förderung, beim Ausbau von Fernwärme und beim Rückbau des Gasnetzes, wofür klare Regelungen und sozial ausgewogene Instrumente gefordert werden. Osthorst plädierte für eine schnelle, ambitionierte Wärmeplanung in Bremen und eine stärkere Rolle öffentlicher Gesellschaften, mahnte aber zugleich die Grenzen durch Schuldenbremse und gesellschaftliche Akzeptanz an. Dr. René Böhme, Sozialwissenschaftler am Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen, verwies in seinem Kommentar darauf, dass Industrie, Wohnen und Mobilität die zentralen Hebel für mehr Klimaschutz in Bremen seien. Er forderte, den Fokus stärker auf die Verhältnisse statt auf individuelles Verhalten zu richten und hob hervor, dass die privilegierten Quartiere die „eigentlichen Problembären“ beim Klimaschutz darstellen. Zudem fehlten bisher ausreichend spezifische Daten, um die Klimapolitik sozial steuern zu können, während benachteiligte Gruppen besseren Schutz vor den Klimafolgen benötigen. Ein Sozialcheck bei allen Klimaschutzmaßnahmen solle helfen, die soziale Schiefen auszugleichen, so Böhme.

## Literatur

- Bach, S., Isaak, N., Kemfert, C. & Wagner, N. (2019). Lenkung, Aufkommen, Verteilung: Wirkungen von CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Rückvergütung des Klimapakets. DIW Berlin (DIW Wochenbericht, 87(3), 27–38).
- Beermann, A., Förster, H., Hünecke, K., Schrems, I. & Schumacher, K. (2021). Verteilungswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels (Forschungsbericht 582). Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- RKI, Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2025): Gesundheitliche Auswirkungen von Hitze. URL: <https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/gesundheitliche-auswirkungen-hitze-node.html>, letzter Zugriff: 18.06.2025
- Lichtenberger, E., Fellner, W. & Darnhofer, I. (2024). Verteilungswirkungen öffentlicher Klimaforderungen in Österreich 2021–2022. Stadt Wien, Magistratsabteilung 22.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2022): Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Dessau-Roßlau.
- Wuppertal Institut (Hrsg.) (2020): Energieberatung in Berlin weiterentwickeln – Schwerpunkt Haushalte mit mittlerem und höherem Einkommen. Abschlussbericht.
- Zukunft KlimaSozial (Hrsg.) (2025). KlimaSozial kompakt: Verteilungswirkungen der Klimapolitik in Deutschland. Projektbericht.

## Konferenz- und Vortragsdokumentationen

<https://paritaet-bremen.de/armutskonferenz>

[https://paritaet-bremen.de/files/paritaet\\_2020/media/veranstaltungen/2025/BremerArmutskonferenz2025\\_Kommentar\\_Osthorst\\_korr.pdf](https://paritaet-bremen.de/files/paritaet_2020/media/veranstaltungen/2025/BremerArmutskonferenz2025_Kommentar_Osthorst_korr.pdf)

[https://paritaet-bremen.de/files/paritaet\\_2020/media/veranstaltungen/2025/BremerArmutskonferenz2025\\_Boehme\\_Kommentar\\_kurz.pdf](https://paritaet-bremen.de/files/paritaet_2020/media/veranstaltungen/2025/BremerArmutskonferenz2025_Boehme_Kommentar_kurz.pdf)

[https://paritaet-bremen.de/files/paritaet\\_2020/media/veranstaltungen/2025/BremerArmutskonferenz2025\\_Vortrag\\_Braam.pdf](https://paritaet-bremen.de/files/paritaet_2020/media/veranstaltungen/2025/BremerArmutskonferenz2025_Vortrag_Braam.pdf)

---

Die Bremer Armutskonferenz wird getragen von: Der Paritätische Bremen, Arbeiterkammer Bremen, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V. (LVG & AFS Nds. HB e. V.), Arbeiterwohlfahrt (AWO), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Diakonisches Werk, Bremer Caritasverband, Bremer Volkshochschulen (VHS), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Bremer Kinderschutzbund, die Bremer Quartiersmanager:innen sowie kooperierend: Bremer Energie-Konsens GmbH, VCD Landesverband Bremen, denkhausbremen sowie BUND Bremen.

Ansprechpartner:innen für Fragen zum Papier sind sowohl die Sprecher:innen des Initiativkreises der Bremer Armutskonferenz Birgitt Pfeiffer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Bremen, [b.pfeiffer@paritaet-bremen.de](mailto:b.pfeiffer@paritaet-bremen.de) und Nicole Tempel von der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V., [nicole.tempel@gesundheit-nds-hb.de](mailto:nicole.tempel@gesundheit-nds-hb.de) als auch die beiden Autoren des Papiers Dr. René Böhme vom Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen, [rene.boehme@uni-bremen.de](mailto:rene.boehme@uni-bremen.de) und Thomas Schwarzer von der Arbeiterkammer Bremen, [schwarzer@arbeiterkammer.de](mailto:schwarzer@arbeiterkammer.de).